

Christoph Weiling, Die »Christlich-deutsche Bewegung«. Eine Studie zum konservativen Protestantismus in der Weimarer Republik. Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1998, 386 S., geb., 88 DM.

Wer sich je in Kurt Nowaks große Studie »Evangelische Kirche und Weimarer Republik« eingelese hat und zudem die Typologien von Kurt Sontheimers Standardwerk »Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik« heranzieht, mag ermesen, welche Tiefendimensionen dem Thema »konservativer Protestantismus« in der Zwischenkriegszeit eigen sind. Berücksichtigt man ferner die außerordentliche Perspektiverweiterung im Bereich der kirchlichen sowie Zeit- und Gesellschaftsgeschichte, die Jochen-Christoph Kaisers Arbeiten zum Verbandsprotestantismus im 19. und 20. Jahrhundert erbracht haben, wird schnell ersichtlich, welche Lücke die Arbeit von Christoph Weiling zur Geschichte der »Christlich-deutschen Bewegung« (CdB) füllt. Das Thema ist um so interessanter, als in der Literatur die CdB weithin als eine, wenn nicht *die* prominente Vorläufervereinigung der »Deutschen Christen«, der in sich alles andere als homogenen kirchlichen Sammlungspartei der evangelischen Nationalsozialisten im »doppelten« Kirchenkampf, angesehen worden ist. Diese pauschale Einordnung – und de facto moralische Verurteilung – ist nicht nur, wie Weiling fern aller apologetischen Argumentation überzeugend zu zeigen weiß, undifferenziert, sondern verstellt darüber hinaus in ganz ähnlicher Weise wie bei der sogenannten »Mittelpartei« im Kirchenkampf zwischen Deutschen Christen und Bekennender Kirche den Blick auf die tatsächlichen inhaltlichen und personellen Kontinuitäten und Diskontinuitäten. Ohne dass sich die Problematik des Themas auf ihr Führungspersonal beschränken ließe, zeigt allein schon die führende Betätigung des preußisch-hochkonservativen späteren Widerstandsangehörigen Ewald von Kleist-Schmenzin in der CdB, welche Relevanz das Thema auch im Hinblick auf die Konservatismus- und preußische Elitengeschichte hat. Angesichts der seit den 1950er Jahren traditionell vorherrschenden Perspektive der Bekennenden Kirche bei der Beurteilung des Kirchenkampfes muss immer wieder betont werden, dass trotz aller mehr oder weniger partiellen Affinität zu völkisch-autoritärem Denken – die es auf breiter Front auch bei den Bekennenden gab – gerade auch aus dem konservativen Protestantismus eigene Wege in den kirchlichen und politischen Widerstand führten.

Die vorliegende Arbeit enthält vier große Kapitel. Im ersten Teil vollzieht Weiling die Gründung der CdB vor dem Hintergrund der kirchlichen und politischen Geschichte der Endphase Weimars nach und bettet sie in den Kontext des konservativen Milieus und Denkens ein. In einem zweiten Teil beschreibt der Autor die innere Entwicklung der CdB unter Berücksichtigung der politischen Polarisierung einerseits, darauf zurückwirkender und reagierender theologischer und kirchenpolitischer Konzeptwechsel andererseits. Ausführlich stellt Weiling hier auch die Arbeitsformen der CdB von der Organisation über die volksmissionarische Arbeit bis zur Herausgabe des christlich-deutschen Verbandsblatts »Glaube und Volk« dar. Der dritte Teil beschreibt die Entwicklung der Christlich-Deutschen im Jahr 1933 u.a. unter den Gesichtspunkten der Beteiligung an der »nationalen Konzentration«, der »volksmissionarische(n) Illusion« und der Kirchenreform – Aspekte, die sich z.B. auch durchaus bei den führenden lutherischen Bischöfen Meiser, Wurm und Marahrens finden. Die empirische Basis von Weilings Arbeit ist solide. U.a. stützt er sich auf in diesem Umfang noch nicht herangezogene Archivalien des Berliner Archivs des Diakonischen Werkes der EKD, des Berliner Evangelischen Zentralarchivs und von zahlreichen landeskirchlichen Archiven im In- und Ausland, ferner auf die umfangreiche zeitgenössische Publizistik. Zusätzlich enthält das Buch einen Dokumentenanhang u.a. mit Richtlinien der CdB und Mitgliederlisten.

Weiling sieht seine Ergebnisse ausdrücklich nicht als prononcierte »Revision« (S. 14), sondern betont das Bemühen um Differenzierung im Hinblick auf den kirchlichen und

politischen Konservatismus, dessen Subsumierung unter dichotomische Rubriken wie ›Alt(-)Jung‹ er im kirchenzeitgeschichtlichen Zusammenhang für wenig fruchtbar hält. Das schließe, so Weiling, eine klare Abgrenzung vom Nationalsozialismus nicht aus: »Ebensowenig wie sich die DNVP und der ›Stahlhelm‹ auf die Rolle von Vorläufern der NSDAP reduzieren lassen, kann man die christlich-deutschen Konservativen ohne weiteres als Vorläufer der deutsch-christlichen Nationalsozialisten bezeichnen.« (S. 330). Den evangelisch-konservativen Charakter der CdB sieht Weiling durch die Verbindung gesellschaftlicher und religiöser Anliegen bestimmt. Kirchliche Bindung, traditionelle Frömmigkeit und kirchliches Engagement als Grundlage dieser Art von Konservatismus prägten das Streben nach christlicher Durchdringung des gesellschaftlich-politischen Lebens, teils auf der Basis einer zutiefst antiliberalen, antiwestlichen und antimodern überformten Wirklichkeitsdeutung, teils im Rückgriff auf einen integrativen Begriff von ›Volkskirche‹. Doch gerade in diesem integrativen Bemühen scheiterte die CdB trotz einiger Berührungen mit dem Nationalsozialismus letztlich am exklusiven und eben strukturell christentumsfeindlichen Totalitarismus der Nationalsozialisten.

*Rolf-Ulrich Kunze, Frankfurt/Main*

Werner Plumpe, Betriebliche Mitbestimmung in der Weimarer Republik. Fallstudien zum Ruhrbergbau und zur Chemischen Industrie, R. Oldenbourg Verlag, München 1999, 470 S., geb., 128 DM.

Die betriebliche Mitbestimmung kann man als mühsamen Lernprozess zur Regulierung von Konflikten bezeichnen, den die beteiligten Akteure – die Unternehmer, die mittlere Führungsebene, die Belegschaft, Betriebsräte und die Gewerkschaften – eigentlich erst in der Konsensgesellschaft der Bundesrepublik verinnerlicht haben. Ausgehend von dieser impliziten These betrachtet Werner Plumpe in seiner Habilitationsschrift die betriebliche Mitbestimmung bis 1934 als Geschichte des Scheiterns: von den ersten Jahren unter Kriegsbedingungen nach 1916 über ihre Kodifizierung im Betriebsrätegesetz (1920) und ihre Belastungsproben in den ökonomischen Krisen der Weimarer Republik bis zu ihrer fast geräuschlosen Beseitigung durch das nationalsozialistische Arbeitsrecht seit 1934. Der Autor tut dies mit gutem Grund weniger systematisch als exemplarisch. Er wählte für seine Studie zwei Großunternehmen und damit die Exponenten zweier Branchen aus, die für die erste und zweite Phase der Industrialisierung von hoher Bedeutung waren: die Gelsenkirchener Bergwerks AG und das Bayer-Werk in Leverkusen, also den Ruhrbergbau und die chemische Industrie.

Um der Gefahr zu entgehen, alte Mythen von Revolution und Rätedemokratie weiterzutransportieren, empfiehlt Plumpe eine Konzentration auf das Feld der betrieblichen Praxis und der Branchentraditionen: Wie gestalteten sich in großen Unternehmen von unterschiedlicher Unternehmenskultur die industriellen Beziehungen? Auf welche Weise wurden betriebliche Konflikte und gegensätzliche Interessen in den Hauptfragen der Arbeitsorganisation, der Arbeitszeit und der Löhne seit dem Ersten Weltkrieg reguliert? Und welche Faktoren waren hierbei bestimmend? Zum theoretischen Bezugsrahmen der Arbeit steuert eine Soziologie der Organisationen und Institutionen wichtige Anregungen bei.

Die Darstellung, deren Kapitel säulenförmig eine Geschichte der beiden Unternehmen, ihrer Organisation und der Arbeitsorganisation ihrer Betriebe sowie der je unterschiedlichen »industriellen Beziehungen«, also der Konflikte, zwischen 1916 und 1934 bietet, riskiert erst auf den letzten 35 Seiten einen komparatistischen Blick. Als Rahmen